



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Deutschlands Volkswirtschaft beim Eintritt ins zwanzigste Jahrhundert

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Deutschlands Volkswirtschaft beim Eintritt ins zwanzigste Jahrhundert



Unter dieser Überschrift hat Dr. Friedrich Zahn in Conrads Jahrbüchern kürzlich einen längern Aufsatz veröffentlicht, der unter den zahlreichen volkswirtschaftlichen Arbeiten, die die Jahrhundertwende veranlaßt hat, besondere Beachtung verdient. Der Verfasser hat sich als verantwortlicher Leiter der amtlichen Bearbeitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbe-zählung von 1895 einen Namen gemacht und sich dabei namentlich durch die wissenschaftliche Erschließung dieses riesigen Zahlenwerks in den sogenannten Textbänden der Statistik des Deutschen Reichs (Neue Folge Band 111, 112 und 119) ein allseitig anerkanntes großes Verdienst erworben. Die Grenzboten haben diese Arbeiten eingehend besprochen. In dem vorliegenden Aufsatz behandelt er nach einigen Vorbemerkungen: Land und Leute; Landwirtschaft; Gewerbe, Handel und Verkehr; Geld- und Kreditwesen; Nationalwohlstand und schließt mit einem „Ausblick.“ Dem Verfasser ist — wir sagen: Gott sei Dank — durch den modernen wirtschaftspolitischen Pessimismus der Blick für das Thatsächliche noch nicht getrübt. Nach allem, was er als gewissenhafter Statistiker darüber hat berichten können, erscheint ihm die deutsche Volkswirtschaft beim Eintritt in das zwanzigste Jahrhundert in „voller Blüte.“ Starke Zunahme der Bevölkerung, Erhöhung der Erwerbthätigkeit, Übergang von einem vorwiegend landwirtschaftlichen in einen vorwiegend industriellen Staat, Aufschwung von Gewerbe und Handel, Verflechtung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, Entwicklung des Binnenstaats zur Weltmacht, Hebung der Lebenslage der breiten Masse, Zunahme des Nationalreichtums und Fortschritt der geistigen und sittlichen Kultur des Volks überhaupt ist nach ihm das Resultat der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens an der Jahrhundertwende. Intelligenz, Disziplin und Ausdauer, Volksschule, Wehrpflicht, Ökonomie und Technik, endlich Einigung der Bundesstaaten zu einem starken Reich, dessen Macht die innere Entwicklung vor auswärtigen Störungen sicherte und die Wahrnehmung unsrer gesamten nationalen Wirtschaftsinteressen ermöglichte, seien das vornehmste Rüstzeug gewesen, mit dem wir uns die gegenwärtige Stellung erkämpft hätten. Mit Stolz und Genugthuung dürften wir das sagen. Kein andres Volk außer den Nordamerikanern erfreue sich eines gleich günstigen Abschlusses des verflorenen Säkulums. Nun gelte es das Er-

reiche zu erhalten und weiter auszudehnen. Mit Besonnenheit und Kühnheit werde deutschem Fleiß und deutschem Geist auch das gelingen.

Wir müssen uns hier versagen, den Hauptinhalt, d. h. den Rückblick auf die Entwicklung unsrer Volkswirtschaft bis jetzt eingehender zu würdigen, obgleich wir gerade in ihm dem Verfasser fast uneingeschränkt zustimmen können und den Vorzug seines statistisch geschulten nationalökonomischen Urteils besonders anerkennen, den Vorzug der Nüchternheit und Vorsicht, den wir auch an den Leistungen der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs immer so hochgeschätzt haben. Gewünscht hätten wir freilich, daß er über die Lage unsrer Landwirtschaft mehr gebracht hätte. Über die Güterpreise, die hypothekarische Verschuldung, den Zinsfuß, die Arbeitskräfte und Arbeitslöhne, den Arbeitermangel, die Reinerträge, die Subhastationen und auch über die finanziellen Zuwendungen, die der Staat der Landwirtschaft seit fünfundzwanzig Jahren in verschiedener Form gewährt hat, wird uns heute eine Masse von Statistik vorgelegt, deren zuverlässige Bestandteile in einer solchen Säkularbetrachtung zusammenzutragen sehr verdienstlich gewesen wäre. Denn darüber können wir uns doch nicht täuschen, daß der landwirtschaftliche Notstand eine der wichtigsten Erscheinungen unsers Wirtschaftslebens an der Jahrhundertwende ist, daß er zu der sonstigen „Blüte“ in scharfem Gegensatz steht und die praktische Wirtschaftspolitik der beiden nächsten Jahrzehnte wesentlich beeinflussen zu sollen scheint. Allerdings muß zugegeben werden, daß diese Aufgabe sehr schwierig und heikel ist und über den Rahmen eines solchen Aufsatzes hinaus zu reichen scheinen kann. Aber eine Lücke ist da, die offen lassen zu müssen der Verfasser vielleicht selbst bedauert hat.

In dem „Ausblick“ hat der Verfasser durchaus Recht, wenn er für die Zukunft vor allem verlangt, Deutschland müsse seine Industrie ausdehnen, um seine Bewohner zu ernähren. Es müsse seinen Handel erweitern, um die Erzeugnisse seiner Industrie an den Mann zu bringen. Dazu bedürfe es des vergrößerten Absatzes im Auslande, zugleich um die fortgesetzt vermehrte Zufuhr zu bezahlen, die wir vom Ausland an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten brauchen. Und ebenso sei zur Aufrechterhaltung einer günstigen Zahlungsbilanz, insbesondre damit uns das für die Befriedigung des wachsenden Geldbedarfs notwendige Gold von außerhalb nicht fehle, Ausdehnung unsrer auswärtigen Kapitalanlagen und Unternehmungen erforderlich. Auch darin stimmen wir ihm bei, daß die sich aufdrängende Notwendigkeit, uns am Welthandel und auf dem Weltmarkt einen erhöhten Anteil zu verschaffen, eine „kraftvolle Übersee- und Weltmachtspolitik“ erheische. Aber wir möchten doch die in der letzten Flottenkampagne, zum Teil in bester Absicht, etwas weit getriebene Identifizierung von „Handels- und Machtpolitik“ jetzt wieder durch eine nüchternere und schärfer unterscheidende Beurteilung der Sache abgelöst sehen. Wir sind aus vollster Überzeugung für die Flottenvermehrung, für Schaffung der erforderlichen Flotten-, Kohlen- und Verpflegungstationen, für erhöhte Fürsorge für unsre Kolonien und für eigne Kabel-

verbindungen eingetreten, wie der Verfasser das thut. Und vollends wünschen wir ihm Gehör, wenn er zur Vervollkommnung unsers Konsulativwesens ruft. Da ist noch sehr viel für das Reich zu thun. Aber gerade weil wir ihm darin beistimmen, glauben wir zwei Erscheinungen, die sich uns an der Jahrhundertwende aufdrängen, ziemlich ernst nehmen zu sollen. Einmal, daß es Deutschland im Vergleich mit seinen Konkurrenten in der Weltpolitik nicht am Golde, sondern vielmehr am Gelde im weitesten Sinne des Worts immer noch bedenklich zu fehlen scheint. Unfre Urproduktion kann es uns schwerlich verschaffen, auch nicht wenn unfre Landwirtschaft nach künstlich erhöhten Inlandspreisen für ihre Erzeugnisse durch Aufwendung immer größerer Kapitalien zur Intensivierung des Betriebs höhere Bruttoerträge erzielt, und unfre Steinkohlenbergwerke immer größere Mengen exportieren. Auch der viel gerühmte „innere Markt“ macht uns nicht reicher. Die Weltmachtspolitik erfordert ungeheuer viel Geld, riesige überschüssige, freie, mobile Kapitalien, die wir trotz aller Blüte unfre Volkswirtschaft noch nicht in erwünschter Menge haben, wohl aber nach und nach disponibel zu machen hoffen können, wenn nur der Handelsfriede und die Handelsfreiheit in der Welt, wie sie im alten Säkulum galten, erhalten bleiben und gefördert werden. Das Forcieren der „Machtspolitik“ im zwanzigsten im Gegensatz zur deutschen Handelspolitik im neunzehnten Jahrhundert könnte uns leicht noch ärmer machen, als wir sind. Goldländer und Diamantfelder zu erobern haben wir doch auch bei der denkbar kräftigsten Machtspolitik, die wir treiben können, wenig Aussicht. Rastlose, energische Arbeit, Anspannung aller Kräfte im Volk zur unausgesetzten Vervollkommnung unfre technischer und kommerzieller Leistungsfähigkeit und weises volkswirtschaftliches Sparen im Interesse der nationalen Kapitalbildung, das scheinen uns doch vor allem die Voraussetzungen zu sein, auf denen die erfolgreiche Durchführung der wirtschaftlichen Expansionspolitik beruht, die das zwanzigste Jahrhundert uns vorschreibt. Mehr Geld für große, weitaussehende Auslandsgeschäfte brauchen wir. Daß wir es nicht hinreichend haben, das lehrt ein Blick auf unfre Kolonien und noch mehr nach Rußland, wo seit Jahren das deutsche Kapital aus allen großen gewinnbringenden Unternehmungen verdrängt wird, z. B. durch belgisches. Eine Machtpolitik, wie sie die alten Normannen ohne jeden Pfennig Geld in der Tasche betrieben, wenn sie an der Westküste Frankreichs Raubstaaten gründeten, oder in Süditalien, oder wie unfre geldlosen Vorfahren zu der Zeit der Völkerwanderung, ist heute doch viel riskanter und deshalb nicht ohne weiteres zu empfehlen, auch wenn sie nach den Reden einiger alldeutscher Reden den „deutsch-völkischen“ Instinkten weit mehr entspräche als kaufmännisches Abenteuer über der See.

Damit ist die zweite Erscheinung, die uns beim Ausblick auf die besondern Aufgaben des neuen Jahrhunderts auffällt und beunruhigt, schon angedeutet: die Mißachtung des Handels, zumal des Großhandels und des Überseehandels, die sich an der Jahrhundertwende so breit macht, wie im ganzen neunzehnten Säkulum niemals. Von den Vertretern dieses Zweigs unfre nationalen

Arbeit spricht man sogar in Regierungskreisen etwa so, wie früher die Minister, auch Bismarck, von der Geheimpolizei zu sprechen pflegten. Wenn es sich um Handelspolitik handelt, verbietet man dem Handel den Mund, der Börse hat man den Großmachtzettel schon gehörig ausgetrieben, und das Wischen internationaler haute finance, das wir etwa noch haben, sucht man auf alle Weise je eher je lieber aus dem Lande zu treiben. Es ist ja richtig, was Jesus Sirach sagt: Wie der Nagel steckt zwischen zweien Ziegelsteinen, also sitzt die Sünde zwischen Käufer und Verkäufer. Aber das gilt doch auch, wo die Herren Produzenten, sogar die Herren Landwirte, Käufer oder Verkäufer sind, beim Guts-, Pferde-, Kuhhandel unter Christen wie unter Juden, vom Handel um die menschliche Arbeitskraft gar nicht zu reden. Es gilt namentlich auch von dem Krämertum, das die reaktionären Parteien jetzt unter der Firma „Mittelstand“ in seinem ganz unvernünftig ausgedehnten Besitzstande zu erhalten für eine hochwichtige soziale und politische Aufgabe ausgeben. Uns will scheinen, daß die gegenwärtig bei vielleicht drei Vierteln des gebildeten Publikums so populäre Heße gegen Großhandel, Börse und Großkapital nicht nur unverständlich und unsittlich ist, sondern für die deutsche Expansion hinderlich und deshalb gemeingefährlich zu werden droht, wenn ihr nicht von oben unbeugsamer Widerstand geleistet wird.

Der Verfasser hat wohl keinen Grund zu haben geglaubt, in seinem „Ausblick“ auf solche dunkle Punkte besonders einzugehen, wie er überhaupt von jeder Polemik Abstand nimmt. Das ist seine Sache. Aber gerade deshalb scheint es uns am Platze, hier neben der allgemeinen Blüte der deutschen Volkswirtschaft beim Eintritt ins zwanzigste Jahrhundert, über die auch wir uns freuen, auf die sehr unerfreuliche besondrer Blüte hinzuweisen, die die Jahrhundertwende gezeitigt hat, auf die — in Preußen wenigstens — seit hundert Jahren unerhörte Blüte wirtschaftspolitischer Reaktion. Diese Tatsache vor Augen wünschen wir denn doch den wissenschaftlichen Beurteilern der heutigen volkswirtschaftlichen Gesamtlage etwas mehr Offensivkraft und Subjektivität, die ihnen auch einmal erlaubt, gegen den Strom zu schwimmen. Die Krisis in der Nationalökonomie wird vielleicht nicht mehr allzulange auf sich warten lassen, die reaktionäre Flutwelle bald den Kulminationspunkt erreicht haben. Da kanns nicht schaden, Haare auf den Zähnen zu haben.

Über die Zollpolitik im neuen Jahrhundert sagt der Verfasser, die Handelsbeziehungen zum Ausland erheischen eine Stetigkeit, mit der die einheimische Gütererzeugung rechnen könne. Darum seien auch langfristige Handelsverträge erwünscht. Die einzelnen Zollpositionen dürften die Rohstoffe und Halbfabrikate, deren unsre Industrie bedarf, „nicht zu sehr belasten,“ müßten zugleich der Landwirtschaft den gebührenden Schutz gewähren, jedoch unter Wahrung des Gesamtinteresses, namentlich unter Förderung der Absatzfähigkeit unsrer industriellen Erzeugnisse im Ausland und unter Erhaltung der Konsumfähigkeit und Konsumkraft der breiten Massen. Damit sind die zur Zeit vorherrschenden Ansichten über die Zollpolitik der nächsten fünfzehn Jahre sehr gut zusammen-

gefaßt. Auch der Zentralverband deutscher Industrieller könnte diese Sätze fast wörtlich als sein Programm acceptieren. Der grundsätzliche allgemeine und dauernde Zollschutz, wie ihn das sogenannte „System des Schutzes der nationalen Arbeit“ von 1879 will, wird damit als richtig anerkannt. Von den Zöllen zum Zweck von Retorsionen ist nicht die Rede, auch nicht von Notstands-zöllen oder Erziehungs-zöllen. Für die Landwirtschaft wie für das Gewerbe wird der Zollschutz an sich und in seinen Konsequenzen als das auch die künftige deutsche Handelspolitik beherrschende Prinzip hingenommen. Obgleich wir vorläufig angemessene Notstands-zölle für die Landwirtschaft verlangen, unter Umständen sogar vor ihrer kräftigen Erhöhung auf Zeit nicht zurückschrecken und auch für einzelne Industriezweige einen Zollschutz für diskutabel halten, scheint uns das Bismarckische doktrinaire Schutz-zollsystem von 1879 für die Zukunft doch von sehr zweifelhaftem praktischem Wert zu sein. Im großen und ganzen ist die deutsche Industrie eines besondern Zollschutzes kaum noch bedürftig, sondern so kräftig entwickelt, daß sie auf dem Weltmarkt, vollends wenn die fremden Zollschranken allmählich abgebaut würden, recht wohl den Kampf, den sie bisher mit so viel gerühmtem Erfolge geführt hat, auch im zwanzigsten Jahrhundert noch mit besserem fortsetzen könnte. Auf dem Inlandsmarkt den deutschen Fabrikaten durch Einfuhrzölle hohe Preise zu schaffen, damit sie im Ausland um so billiger verkauft werden können, entspricht auf die Dauer dem nationalen Ausfuhrinteresse nicht. Dadurch werden die Unternehmerkartelle, die, wie man sagt, bei uns bisher noch überwiegend günstige Wirkungen gehabt haben sollen, zur Ausbeutung des innern Markts und zur Vernichtung des sozialen Gleichgewichts erzogen. Von Staats wegen läßt sich dem kaum vorbeugen. Die schlimmste Form von Ausfuhrprämien wird damit geschaffen, und natürlich auch die Veranlassung zu immer schärfern internationalen Reibungen, wie die jüngsten russisch-amerikanischen Zänkereien schon andeuten. Am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sollte man sich doch ernstlich fragen, ob der allgemeine Industrie-zollschutz in Deutschland wirklich noch Sinn hat. Jedenfalls stehen unsre Landwirtschaft und unsre Industrie in Bezug auf das Schutzbedürfnis im denkbar schärfsten Gegensatz zu einander. Wir sollen uns hüten, die Landwirtschaft zur kostspieligen Treibhauspflanze zu machen. Abgehärtet, nicht verweichlicht muß aber jetzt vor allem die deutsche Industrie werden für den Konkurrenz-kampf im neuen Jahrhundert. Industrielle Treibhauspflanzen können wir noch weniger brauchen. Immer noch billiger und besser produzieren müssen wir und können wir lernen. Auf den Vorbeeren des neunzehnten Säkulums dürfen wir nicht ausruhn im Schatten immer höherer Zölle. Dann wird der innere Markt unsern Fabrikaten bleiben, soweit es unsrer Volkswirtschaft frommt, und der Auslandmarkt wird uns zufallen, soweit wir ihn haben müssen. Damit wird sicher auch unsrer Landwirtschaft am besten gedient sein, die unter einer künstlichen Hypertrophie der heimischen Industrie fast noch mehr leiden muß als unter der natürlichen Konkurrenz des Auslands. Die Leutenot an der Jahrhundertwende spricht eine beredte Sprache. Verfolgt man autarkistische Ideale,

dann möge man das „System“ von 1879 wieder aufnehmen und ausbauen, verfolgt man sie aber nicht, dann: *principiis obsta!* Schon weil der Rückfall Deutschlands in die Hochschutzzöllnerei den Autarkisten und Prohibitivisten in der ganzen Welt die kräftigste Förderung im Kampf gegen die auf eine liberalere Handelspolitik gerichteten Bestrebungen, die wir Deutschen überall fördern sollten, verspricht.

Der Schmollerschen „Theorie von den drei Weltreichen,“ die wir in den Grenzboten erst kürzlich kritisch beleuchtet haben, schließt sich der Verfasser, wie es scheint, ohne Einschränkung an. Er sagt, der Abschluß von Handelsverträgen werde möglicherweise mit der Zeit schwer fallen gegenüber der imperialistischen Tendenz gewisser Staaten, die sich zu Weltreichen mit in sich geschlossenen Wirtschaftsgebieten ausbilden. Das von der Ostsee bis zum Stillen Ozean reichende, von „einem“ Willen gelenkte russische Reich, dann das seine Einflusssphäre immer weiter ausdehnende, seine Glieder immer fester aneinander kettende Greater Britain, und vor allem das mit Geschick und Rücksichtslosigkeit um die wirtschaftliche Vormacht ringende Panamerika drohten uns von ihrem Mutter- und Koloniallande auszuschließen, und ihre Konkurrenz stellt uns sogar auf neutralen Märkten und im Inlande Schwierigkeiten in Aussicht. Auch Frankreich — bemerkt der Verfasser dazu — mit seinem ausgedehnten Kolonialreich und Japan mit seiner unter billigen Arbeitsverhältnissen rasch aufblühenden Industrie dürften in ihrer den deutschen Absatz hemmenden Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Freilich wäre es für uns viel bequemer, wenn wir allein industrielle Fortschritte machten, alle andern stehn blieben oder zurückgingen, und wenn trotz unsrer eignen Schutzzöllnerei die ganze übrige Welt den deutschen Fabrikaten die Einfuhrthore weit öffnete. Freilich bedroht die Verwirklichung der „imperialistischen Tendenz“ in gewissen Staaten nicht nur die Ausdehnung unsers Anteils an der Weltwirtschaft und ihren noch nicht erschöpften und noch nicht erschlossenen Futterplätzen, sondern den Weltfrieden überhaupt und den Fortschritt der menschlichen Wohlfahrt überall, wie das Schmoller selbst mit beweglichen Worten anerkennt. Aber daß wir mit diesem grauen Elend als mit einer unabwendbaren Thatsache zu rechnen hätten, dafür spricht doch Gott sei Dank noch rein gar nichts. Es ist in den Grenzboten erst kürzlich über diese Gespensterseherei das nötige gesagt und namentlich auch darauf hingewiesen worden, daß damit der extremen grundsätzlichen Schutzzöllnerei bei uns wie im Auslande der allerwirksamste Vorspann geleistet wird. Die „imperialistische Tendenz“ wird ins Recht gesetzt, sie wird als natürlich, notwendig, berechtigt anerkannt, statt einer scharfen, ernsthaft staatswissenschaftlichen, die Nation immer als Glied der Menschheit würdigenden Kritik unterworfen, vor der sie niemals Stich halten kann. Die von Schmoller in den zweiten Band der Beiträge des Vereins für Sozialpolitik aufgenommenen Arbeiten von Hewins und Rathgen sind völlig beherrscht von der imperialistischen Tendenz, ebenso wie es im ersten Bande der Aufsatz von Fisk war.

Wenn man ein richtiges Bild der Lage geben wollte, müßten auch nichtimperialistische Engländer und Amerikaner herangezogen werden. So ist das Bild in einseitig imperialistischem Sinne gefärbt und entstellt. Da sollten Schmoller und der Verein für Sozialpolitik doch lieber offen sagen: Chamberlain ist unser Meister! Friedliche Handelspolitik ist Unsinn; es giebt nur Machtpolitik auch für Deutschland, wenn wir auch im Auslande sie noch Piraten- und Schnapphahnpolitik schimpfen, die aller Menschenkultur ans Leben gehe.

Es ist von besonderm Interesse, zu sehen, wie sich einer der Großen der deutschen Finanzwelt, G. v. Siemens, der bisher auch eine Säule des Rests deutschen Manchesterturns in der sogenannten freisinnigen Vereinigung war und neuerdings im „Handelsvertragsverein“ gegen die Agrarier die Fahne trägt, mit der Schmollerschen Theorie von den drei Weltreichen und so auch mit dem Imperialismus auf freundschaftlichsten Fuß zu stellen verstanden hat. In der Berliner „Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre“ hat er einen Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Handelsverträge gehalten, worin er nach einem in diesem Falle wohl zuverlässigen Zeitungsbericht folgendes gesagt haben soll. Neben der Verbesserung der Verkehrsmittel komme die Erweiterung der Staatsidee in Betracht, die sich aus einem Rechtsstaat zu einer wirtschaftlichen Affoziation zu entwickeln beginne und die europäischen Staaten zur Ausdehnung ihrer Beziehungen auf fremde Weltteile zu zwingen scheine. Die Vereinigten Staaten und Rußland hätten sich schon zu in sich abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten entwickelt; die von England eingeleiteten Bestrebungen bewegten sich in derselben Richtung; Frankreich sei im Begriff, sich durch die Herrschaft über Nordafrika und das Mittelländische Meer eine ähnliche Selbständigkeit zu schaffen. Deutschland sei unter den großen Nationen das in dieser Beziehung am meisten zurückgebliebne Land; es müsse darum die ernsthaftesten Anstrengungen machen, daß es in diesem Kampf um die Selbsterhaltung nicht wieder in den zweiten Rang zurückfinke. Seine Bevölkerung sei so zahlreich geworden, daß die Landwirtschaft allein zu ihrer Ernährung nicht mehr imstande sei, vielmehr eine für den Export arbeitende Industrie dazu beitragen müsse. Deshalb seien Handelsverträge notwendig als Aushilfsmittel, um der deutschen Nation über diese Notlage hinwegzuhelfen, bis es ihr gelungen sei, in andern Weltteilen so festen Fuß zu fassen, daß auch sie mit Sicherheit über ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet verfügen könne, das auch einen etwaigen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen vermöchte.

So kann auch heute noch aus einem Saulus ein Paulus werden, aus dem orthodoxen Freihändler ein vollwertiger Imperialist, der ganz wie Oldenberg ein „in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet,“ über das wir „mit Sicherheit verfügen“ können, für Deutschland verlangt, dem die Handelsvertragspolitik nur als Lückenbüßer annehmbar ist, bis die Machtpolitik die Handelspolitik auch für uns endgiltig außer Dienst gestellt hat, bis auch wir zum alten Merkantil- und Kolonialsystem mit seinen der heutigen Weltlage ent-

sprechenden neuen unabsehbaren Konsequenzen zurückgekehrt sind. Daß der neu bekehrte Imperialist selbst genau weiß, welchen praktischen Zielen seine Konversion förderlich sein soll, daran ist nicht zu zweifeln. Die Stichhaltigkeit seiner wissenschaftlichen Leistung ist ihm dabei vielleicht sehr gleichgültig. Und er hätte damit nicht einmal so sehr Unrecht. Die jungdeutsche Nationalökonomie verdient es nicht besser. β



Kant, Goethe und der Monismus

Von Heinrich von Schoeler

(Schluß)



ehen wir nun zu, welcher Art das Verhältnis Goethes zur monistischen Weltanschauung ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Goethe von jeher monistischen Anschauungen gehuldigt hat. Anfänglich schöpfte er sie aus der Antike, aus dem *ἐν καὶ πᾶν* der Eleaten. Später war es die Philosophie Spinozas — deren Studium durch Lessing, Herder und Jacobi aufgekommen war —, die seinen Geist fesselte. „Dieser Geist, sagt er im 14. Buche von Wahrheit und Dichtung, der so entschieden auf mich wirkte, und der auf meine ganze Denkweise so großen Einfluß haben sollte, war Spinoza. . . Die alles ausgleichende Ruhe Spinozas kontrastierte mit meinem alles aufregenden Streben, seine mathematische Methode war das Widerspiel meiner poetischen Sinnes- und Darstellungsweise, und eben jene geregelte Behandlungsart, die man sittlichen Gegenständen nicht angemessen finden wollte, machte mich zu seinem leidenschaftlichsten Schüler, zu seinem entschiedensten Verehrer. Geist und Herz, Verstand und Sinn suchten sich mit notwendiger Wahlverwandtschaft, und durch diese kam die Vereinigung der verschiedensten Wesen zustande.“

Aus dieser Stimmung stammen die spinozistisch gefärbten Stellen des Faust, die Lieder und Gedichte pantheistischer Inhalts, die philosophischen Xenien und der rhapsodisch-aphoristische Dithyrambus auf die Natur (1780), den Haekel seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte“ vorausgesetzt hat; er hat mit Goethes naturwissenschaftlicher Thätigkeit nichts zu thun. Endlich waren es seine naturwissenschaftlichen Forschungen, die Goethe zu monistischen und transformistischen Überzeugungen im Sinne der Lamarckschen Deszendenztheorie und im Einverständnis mit den Ideen Geoffroy de Saint-Hilaires führten.

Seit 1781 etwa beschäftigte er sich emsig mit naturhistorischen Studien, auf die er besonders durch Herder, Merck und Knebel gelenkt worden war, und schon im Jahre 1784 konnte er, darauf bezüglich, an Knebel schreiben: